



Kommunalrecht | 26.05.2016 | Nr. 234/16

Petra Nicolaisen: Selbst die SPD-Kommunalvertreter waren in der Anhörung gegen den Gesetzentwurf der Regierungsfractionen

Nach der gestrigen (25. Mai 2016) Anhörung zum Gesetzentwurf der Koalition zur Änderung kommunalrechtlicher Vorschriften hat die innenpolitische Sprecherin der CDU-Landtagsfraktion, Petra Nicolaisen, SPD, Grüne und SSW aufgefordert, ihren Gesetzentwurf zurückzuziehen.

„Weder das Innenministerium noch Vertreter der Koalitionsfraktionen konnten auf Nachfrage auch nur einen Anwendungsfall für die erzwungenen Verwaltungsgemeinschaften nennen. Das zeigt die Überflüssigkeit des Gesetzes, welche sogar von den kommunalpolitischen Vertretern der SPD bestätigt wurde“, so Nicolaisen.

Kommunen und Ämter müssten aktuell viele Herausforderungen stemmen, an erster Stelle die Bewältigung der Flüchtlingskrise. Statt sie von überflüssigen Aufgaben zu entlasten, sattelten SPD, Grüne und SSW ständig auf. So sehe die Gesetzesinitiative neben dem Zwang zu Verwaltungsgemeinschaften auch neue Berichtspflichten vor.

„Mit den Berichtspflichten zum Thema Minderheiten zwingen SPD, Grüne und SSW die Kommunen, weitere Ordner in die Regale zu stellen und zu füllen. Mehr – das hat die Anhörung deutlich gemacht – wird damit nicht erreicht. Mit der Änderung bei der Zusammensetzung der Amtsausschüsse soll ein bewährtes und auf Konsens ausgerichtetes System beendet werden. Weshalb, konnten die Koalitionsvertreter nicht erklären. Deshalb sollte sich die Koalition von diesem Gesetzentwurf schnell verabschieden.“